

Dringliche Interpellation Fraktion SP (Peter Marbet, SP): Wohnraum zurückgewinnen – SBB, Post und Bundesverwaltung beziehen neue Hauptsitze

Verschiedene Grossunternehmungen wie die SBB, die Post und die Bundesverwaltung bauen derzeit ihre neuen Hauptsitze oder Verwaltungszentren in der Stadt Bern:

- Die SBB haben WankdorfCity als Standort für ihren neuen Hauptsitz gewählt. Die Planung umfasst zwei Bürogebäude mit einer Bruttogeschossfläche von rund 35 000 m² für rund 1700 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, wobei bis 2020 weitere 2200 Arbeitsplätze folgen sollen. Diese sind derzeit über neun Standorte im Grossraum Bern verteilt.
- Ebenfalls im WankdorfCity entsteht der neue Hauptsitz der Post. Der heutige Standort Schönburg wird verkauft. Im Rahmen der neuen Raumstrategie konzentriert die Post ihre verschiedenen Einheiten an neuen Standorten. Davon sind insgesamt rund 5500 Arbeitsplätze an über 20 Bürostandorten im Raum Bern betroffen. Kommt hinzu, dass die Postfinance den Tower beim Hockeystadion bereits bezogen hat.
- Der Bund baut auf dem Zeughausareal am Guisanplatz ein Zentrum mit total 3300 Arbeitsplätzen. Der Bezug des Verwaltungszentrums erfolgt ab 2017. Angesiedelt werden die Bundesanwaltschaft sowie Verwaltungseinheiten des Eidgenössischen Departements für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport (VBS) und des Justiz- und Polizeidepartements (EJPD).

Durch die organisatorischen Verdichtungen von SBB, Post, Bundesverwaltung und weiterer grosser Unternehmungen wird in den nächsten Jahren etlicher Büroraum in der Stadt Bern frei. Auch wenn grössere Büroeinheiten bereits einer neuen Büronutzung zugeführt worden sind (z.B. übernimmt die Universität Bern verschiedene Gebäude der SBB, die Schönburg als bisheriger Hauptsitz der Post wird verkauft), bleiben immer noch sehr viele Büroräume, die durch die Verdichtungen von SBB, Post und der Bundesverwaltung in den nächsten Jahren frei werden. Auch werden durch die Rochade SBB-Uni Räumlichkeiten frei, die bisher von der Universität beansprucht worden waren. Viele dieser Büros waren früher Wohnungen und befinden sich in Wohnhäusern. Der Stadt Bern bietet sich die Chance, diesen Wohnraum zurückzugewinnen und Büroflächen, die sich zum Wohnen eignen, Wohnzwecken zuzuführen.

Angesichts des sehr tiefen Leerwohnungsbestands in der Stadt Bern von 0,39% (Stand: 1. Juni 2013) und der hohen Zustimmung der Stadt Berner Bevölkerung zum neuen Artikel 16a der Bauordnung (80% Zustimmung, Abstimmung vom 9. Juni 2013), wonach die Umnutzung in Büros auch künftig eine Bewilligung braucht, ist eine aktive Politik seitens des Gemeinderats gefragt und politisch breit abgestützt.

Die SP Fraktion fragt in diesem Zusammenhang den Gemeinderat:

1. Wie viel Wohnraum könnte dank der obigen Entwicklung gewonnen, respektive zurückgewonnen werden?
2. Ist der Gemeinderat bereit, sich dafür einzusetzen, dass der frei werdende Büroraum (wieder) Wohnzwecken zugeführt wird?
3. Hat der Gemeinderat eine Strategie respektive ein Konzept, wie er diese Büroräume als Wohnraum gewinnen will?
4. Ist der Gemeinderat bereit, mit SBB, Post und Bundesverwaltung zu verhandeln, um zu erreichen, dass der frei werdende Büroraum dem Wohnen zugeführt werden kann?

Begründung der Dringlichkeit

In der Stadt Bern gibt es genügend frei stehenden Büroraum. Die SBB beziehen die neuen Büroräumlichkeiten im WankdorfCity bereits ab Frühling 2014, die Post zieht anfangs 2015 an ihren neuen Hauptsitz. Es gilt sofort zu handeln und sicher zu stellen, dass möglichst viel frei werdender

Raum (wieder) als Wohnraum genutzt werden kann. Der Gemeinderat muss unverzüglich seine Kontakte spielen lassen.

Bern, 31. Oktober 2013

Erstunterzeichnende: Peter Marbet

Mitunterzeichnende: Michael Sutter, Nadja Kehrl-Feldmann, Yasemin Cevik, Katharina Altas, Annette Lehmann, David Stampfli, Thomas Göttin, Rithy Chheng, Halua Pinto de Magalhães, Lea Kusano, Bettina Stüssi, Lukas Meier, Marieke Kruit, Stefan Jordi, Lena Sorg, Gisela Vollmer, Benno Frauchiger, Fuat Köçer, Martin Krebs